

Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit Herrn Michael Wessel Antrag	Es informiert Sie	Sylvia Meyer
	Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
	Telefon (0202)	563-54 59
	Fax (0202)	
	E-Mail	Sylvia.Meyer@gruene-wuppertal.de
	Datum	02.06.2017
	Drucks. Nr.	VO/0418/17 öffentlich

Zur Sitzung am
21.06.2017

Gremium
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Sachstandsbericht zum Umgang mit Cannabis-Konsument*innen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.06.2017

Sehr geehrter Herr Wessel,

der durch die geltende Gesetzgebung sehr restriktive Umgang mit Cannabis wird inzwischen von vielen Experten kritisch gesehen. Obwohl der eigentliche Konsum von Cannabis nicht als strafbar gilt, so ist doch der Erwerb auch kleiner Mengen immer strafrechtlich relevant, so dass ein straffreier Konsum faktisch unmöglich ist. Dieser gegenwärtige restriktive Umgang mit Cannabis entspricht nicht mehr den aktuellen wissenschaftlichen Standards. Eine kontrollierte legale Abgabe von Cannabis könnte hingegen neben einer verbesserten gesellschaftlichen Teilhabe auch die gesundheitlichen Risiken für die Konsument*innen erheblich verringern. Dabei sollte eine kontrollierte Abgabe immer mit einem qualifizierten Beratungsangebot einhergehen.

Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, den Umgang mit Cannabis-Konsument*innen aufgrund der geltenden Rechtslage in einem Sachstandsbericht darzustellen und ihre fachliche Einschätzung dazu abzugeben. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten aufzuzeigen, ob und wenn ja wie die oben erwähnten wissenschaftlichen Standards in Wuppertal umgesetzt werden könnten.
2. Die Stadt Wuppertal setzt sich dafür ein, dass der Bundestag eine Enquete-Kommission einrichtet, die die bisherigen rechtlichen Bestimmungen überprüfen soll.

Begründung:

Keinesfalls soll Cannabis als Droge verharmlost werden! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält aber eine Entkriminalisierung und eine bessere Kontrolle bei der Abgabe von Cannabis für zielführend. So kann zum einen der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden, und

zum Anderen die Gesundheit der Konsument*innen besser geschützt werden. Hinzu kommt, dass so der Personenkreis, dem eine qualifizierte Beratung angeboten werden kann, erheblich erweitert würde. Selbstverständlich ist dabei der Jugendschutz streng zu beachten. Ein mögliches Modellprojekt sollte von Beginn an wissenschaftlich begleitet werden, um frühzeitig nachjustieren zu können. Dazu sollte es eine enge Abstimmung mit den örtlichen Beratungsstellen und der Suchtberatung bei der Stadt Wuppertal, aber auch mit der Polizei geben.

Wir bitten darum, den Sachstandsbericht auch der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ilona Schäfer
Stadtverordnete

Marcel Gabriel-Simon
Stadtverordneter